Abgeordnetenhaus BERLIN

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Plenarprotokoll

35. Sitzung

Donnerstag, 13. Dezember 2018

Inhalt ..... Seite

Gedenkworte

George Herbert Walker Bush, ehemaliger US-amerikanischer Präsident und Berliner Ehrenbürger 4053

Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches

Neue Staatssekretäre Martin Matz und Ingmar Streese 4053

Dank an die entpflichteten Staatssekretäre Jens-Holger Kirchner und Boris Velter 4053

Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde 4053

Parlamentsangelegenheiten

Entscheidung des Abgeordnetenhauses gemäß § 80 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin über den Einspruch des Abgeordneten Andreas Wild gegen zwei Ordnungsrufe vom 29. November 2018 4054

Ergebnis 4054

Abschluss der Tätigkeit des Ehrenrats 4054

1 **Aktuelle Stunde** 4055

gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ein guter Nachtragshaushalt für Berlin 4055

(auf Antrag der Fraktion der SPD)

Inhalt ..... Seite

in Verbindung mit

9 **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018/2019 – NHG 18/19)** 4055

Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 5. Dezember 2018
Drucksache 18/1546

zur Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/1440 Neu

Zweite Lesung

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1440 Neu-1

Änderungsantrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/1440 Neu-2

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1440 Neu-3

Torsten Schneider (SPD) 4055
Christian Goiny (CDU) 4058
Steffen Zillich (LINKE) 4060
Dr. Kristin Brinker (AfD) 4062
Anja Schillhaneck (GRÜNE) 4064
Torsten Schneider (SPD) 4065
Anja Schillhaneck (GRÜNE) 4065
Ronald Gläser (AfD) 4065
Anja Schillhaneck (GRÜNE) 4065
Dr. Kristin Brinker (AfD) 4067
Anja Schillhaneck (GRÜNE) 4067
Sibylle Meister (FDP) 4068
Senator Dr. Matthias Kollatz 4070

Die Veröffentlichungen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 470449, 12313 Berlin. Telefon: 6618484, Telefax: 6617828.

(Präsident Ralf Wieland)

antragt. Dieser Umstand wurde vom Ehrenrat kritisiert. Die Überprüfung der übrigen Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die durch den Beschluss erfasst waren, bezog sich auf folgende Fragestellung: „Liegen Erkenntnisse über eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit oder politische Verantwortung der betreffenden Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik) vor?“ Als Gesamtergebnis ist festzuhalten, dass entsprechende Feststellungen durch den Ehrenrat nicht getroffen wurden.

Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass von den heutigen 160 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses 70 Kolleginnen und Kollegen aufgrund ihres Alters nicht zur Überprüfung aufgefordert waren.

Ich rufe nun auf

lfd. Nr. 1:

Aktuelle Stunde

gemäß § 52 der Geschäftsordnung
des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ein guter Nachtragshaushalt für Berlin

(auf Antrag der Fraktion der SPD)

in Verbindung mit

lfd. Nr. 9:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018/2019 – NHG 18/19)

Dringliche Beschlussempfehlung des
Hauptausschusses vom 5. Dezember 2018
Drucksache 18/1546

zur Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/1440 Neu

Zweite Lesung

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1440 Neu-1

Änderungsantrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/1440 Neu-2

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1440 Neu-3

Der Dringlichkeit zur Gesetzesvorlage hatten Sie bereits eingangs zugestimmt. Ich eröffne die zweite Lesung zur Gesetzesvorlage und schlage vor, die Einzelberatung der drei Paragrafen miteinander zu verbinden; dazu höre ich keinen Widerspruch. Ich rufe also auf die Überschrift und die Einleitung sowie die Paragrafen 1 bis 3, den Nachtragshaushaltsplan 2018/2019 sowie alle weiteren Anlagen der Drucksache 18/1440 Neu.

Für die Aktuelle Stunde und die Beratung des Nachtragshaushaltes steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu zehn Minuten zur Verfügung. Es beginnt in der Runde der Fraktionen die SPD. – Herr Kollege Schneider, Sie haben das Wort!

Torsten Schneider (SPD):

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Auf besonderen Wunsch der Kollegen der FDP beginne ich mal ausnahmsweise mit Ihnen. Sie haben nämlich für das Bundesland Berlin den höchsten Gestaltungsanspruch, in Anführungszeichen. Sie bringen es fertig, dem Haus heute vorzuschlagen, den Haushalt um über 800 Millionen Euro abzusenken und den Haushalt in einem Punkt um 300 000 Euro für die Förderung eines Theaters zu verstärken. Herzlichen Glückwunsch, liebe FDP!

[Beifall bei der SPD –
Bernd Schlömer (FDP): Gern geschehen!]

Da hat die Koalition einen anderen Gestaltungsanspruch für die Berlinerinnen und Berliner, und darauf will ich mich jetzt natürlich fokussieren. – Zur CDU komme ich dann zur Abrundung dieses Gesprächs am Ende, auch auf besonderen Wunsch der Kollegen von der CDU.

[Zuruf von Stefan Evers (CDU) –
Lachen bei der FDP]

Meine Damen und Herren! Wir schlagen dem Haus vor, für das Planjahr 2018 eine deutliche Veränderung vorzunehmen und Rückstellungen zu bilden für zwei wichtige politische Zwecke. Erstens: Wir möchten dem wichtigen Thema Weiterentwicklung der IT, der IT der Berliner Verwaltung, 309 Millionen Euro echtes Geld aus den Jahresüberschüssen des Planjahres 2018 zur Verfügung stellen, und wir sind uns auch sicher, dass das da gut aufgehoben ist.

Zweitens: Wir bilden Rückstellungen in Höhe von 60 Millionen Euro für die Bäderbetriebe, von denen wir wissen, dass es dort einen entsprechenden Investitionsbedarf gibt. Ich füge hier hinzu, dass wir dort allerdings in der Exekutive ein weiteres Vorankommen brauchen, wir brauchen da strukturelle Veränderungen, und das soll auch im ersten Halbjahr 2019 erfolgen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat im November 2018 beschlossen, dass die Bäderlandschaft zum Beispiel hinsichtlich der Öffnungszeiten verbessert werden soll. Diesen Anspruch des Abgeordnetenhauses unterlegen wir auch mit einer Verstärkung des konsumtiven Teils um 7,5 Millionen Euro in dem Planjahr 2019. Gerade dort gilt, dass das auch operationalisierbar sein muss, wozu

(Torsten Schneider)

wir klare Anweisungen und klare Hinweise des Senats erwarten und diesbezüglich in konstruktiven Gesprächen sind. Wir haben davon Abstand genommen – wie es die Opposition beantragt hat –, diese Gelder zu sperren, weil wir wollen, dass man ganzjährig schwimmen kann, und nicht, dass dem organisatorische Fragen im Wege stehen. Das halten wir für den falschen Weg.

Wir haben zweitens einen Investitionsschwerpunkt im Bereich unserer Landesbeteiligungen gelegt. Wir unterstützen den Senat in seinem Vorhaben, zum Beispiel bei den Krankenhausbetrieben Charité und Vivantes große Millionenbeträge zur Verfügung zu stellen, und haben auch den Investitionstopf der Charité um 30 Millionen Euro verstärkt. Ich verbinde das aber mit der klaren Erwartungshaltung, nicht im Sinne einer engen Kausalität, aber mit der politischen Erwartungshaltung, dass wir in unseren Landesbeteiligungen auch signifikant bei den Themen fairer Lohn und gleicher Lohn für gleiche Arbeit, bei den Themen Entfristung von befristeten Arbeitsverhältnissen und vor allem bei den Themen Tarifbindung in landeseigenen Unternehmen und Töchterunternehmen vorankommen. Diese Erwartungshaltung ist eine harte und verbindliche Erwartungshaltung.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Wir haben ferner Schwerpunkte bei den Spielplätzen gesetzt. Wir sehen dort ein Sonderprogramm des Landes, das über viele Jahre zu 100 Prozent ausgeschöpft wird. Deswegen haben wir dieses Programm verstärkt – ich kann gar nicht verstehen, warum es da keine Zustimmung aus den Kreisen der Opposition gegeben hat –, und zwar auf 25 Millionen Euro. Das ist etwas, was in der ganzen Stadt wirkt. Auch da haben wir eine neue Kautel hinzugesetzt: Wir wollen zum Beispiel barrierefreie Spielplätze in den Blick nehmen, aber auch gendergerechte Spielplätze.

[Georg Pazderski (AfD): Gendergerecht, ha ha!]

Diese Erwartungshaltung ist formuliert.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

– Na ja, ich kann das verstehen. Zu Ihrer Zeit beim Militär, da haben nur Männer strammgestanden, deswegen haben Sie mit Gender nicht viel am Hut.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN – Georg Pazderski (AfD): Das war anders als mit den Kommunisten bei Ihnen]

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Thema Feuerwehr. – Ich sehe, es gibt eine Zwischenfrage. Ich gestatte keine Zwischenfrage! –

[Heiko Melzer (CDU): Das kann ich verstehen!]

Das Thema Feuerwehr: Wir verstärken bei der Feuerwehr. – Okay, dann eben doch nicht am Ende, Herr Kollege Melzer! Wir stellen der Feuerwehr für die Anschaffung von Löschfahrzeugen im Planjahr 2019 10 Millionen Euro und in den folgenden Planjahren auch 10 Millionen Euro zur Verfügung.

[Heiko Melzer (CDU): Und Sie wissen, dass es zu wenig ist!]

Die CDU hat den Antrag gestellt – ach, Herr Kollege Melzer! –, im Planjahr 2019 50 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen und außerdem 160 Millionen Euro insgesamt. Herzlichen Glückwunsch!

[Beifall bei der CDU – Kurt Wansner (CDU): Bravo!]

Nun muss man natürlich dazu zwei Dinge sagen – das war eigentlich meine Schlusspointe –: Erstens,

[Heiko Melzer (CDU): Drucksachen lesen!]

Sie haben es tatsächlich fertiggebracht, Herr Kollege Melzer,

[Zuruf von Ülker Radziwill (SPD)]

160 Millionen Euro zu beantragen für Beobachtungspanzer der Feuerwehr.

[Ülker Radziwill (SPD): Hört, hört!]

Es ist klar, wie das passiert ist: Sie haben es von der Koalition abgeschrieben, die nämlich diesen Haushaltstitel adressiert hat. Ich gebe zu, es war nicht die feine Art, dass wir Sie da haben ins Messer laufen lassen, aber wenn Sie schon abschreiben, dann müssen Sie sich dazu auch bekennen. Dann haben Sie es einfach verstärkt auf 50 Millionen Euro, wohl wissend, dass das in einem Planjahr überhaupt nicht realisierbar ist.

[Heiko Melzer (CDU): Sie müssen mal die Drucksache lesen! Da steht was anderes drin!]

Das ist Politik vom Feinsten! Das ist nicht Ihre Idee, sondern unser Bekenntnis zur Feuerwehr!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN – Zuruf von Sebastian Czaja (FDP)]

Wir wollen außerdem – jetzt sage ich auch etwas Strategisches, das ist ja kein Geheimnis –: Wir glauben, dass wir die soziale Frage in unserer Stadt, die Frage von Zusammenhalt, die Frage von sozialer Gerechtigkeit, unter anderem auch das Mietenthema in einem Dreiklang ansteuern müssen. Bei einem Punkt ist die CDU adressiert.

[Lachen von Paul Fresdorf (FDP)]

Wir kommen mit Ihnen in der großen Koalition auf Bundesebene nicht so weit, wie wir kommen müssten, was die Mietenfrage und die Limitierung dieses Marktgeschehens anbelangt. Da könnten Sie helfen! Da ist jetzt ein Fortschritt erzeugt, aber diese Flanke muss weiter geschlossen werden. Das, was der Landesgesetzgeber in dieser Frage tun kann, das forcieren wir, das haben wir ausgereizt.

(Torsten Schneider)

[Zuruf von Sebastian Czaja (FDP)]

– Sie sind da sowieso kein Gesprächspartner mit Ihrer Marktliberalität. Sie wollen die Grunderwerbsteuer, die Grundsteuer halbieren,

[Beifall bei der FDP –
Sebastian Czaja (FDP): Um zu entlasten!]

erklären aber nicht, wo die 600 Millionen Euro herkommen sollen,

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –
Sebastian Czaja (FDP): Wir wollen alle entlasten! –
Zuruf von Stefan Förster (FDP)]

anstatt auf den vernünftigen Vorschlag einzugehen, die Umlagefähigkeit zu ändern und zulasten der Eigentümer die Grundsteuer zu erheben. Das ist Ihre Sozialpolitik!

[Sebastian Czaja (FDP): Wir wollen alle entlasten! –
Frank-Christian Hansel (AfD): Einstelligkeit!]

– Ach, Herr Czaja, kriegen Sie mal keinen Herzkasper! Das ist ja furchtbar.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Wir steuern das strategisch an, und da finden Sie auch schon signifikante Beispiele in diesem Haushalt. – Was ist denn heute für eine Nervosität bei euch? Meine Güte! – Weil wir der Auffassung sind, dass der Marktliberalismus nicht vollständig durch Gesetze mit dieser CDU einzudämmen ist, sagen wir, die SPD und die Koalition gemeinsam: Wir müssen auch die Mieterinnen und Mieter entlasten, und zwar in einer großen Breite. Das ist ein Entlastungshaushalt.

[Sebastian Czaja (FDP): Quatsch!]

Das ist ein sozialpolitischer Haushalt. Ich nenne die Stichworte, die kennen Sie alle: Wir fahren beim Jobticket, wir fahren vor allem beim Schülerticket kostenfrei ab 2019. Wo waren Sie da? Sie haben sich in die Büsche geschlagen!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –
Sebastian Czaja (FDP): Was machen Sie für die Rentner?]

Wir haben uns darauf verständigt, sowohl die Schulessenqualität zu verbessern als auch die Gebühren dafür in den Klassen 1 bis 6 abzuschaffen. Wo waren Sie da?

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –
Sebastian Czaja (FDP): Sie haben die Qualität gesenkt!]

Wir entlasten auf diese Weise eine durchschnittliche Familie mit zwei schulpflichtigen Kindern jetzt schon um über 100 Euro. Keine Ihrer Steuerreformen kann das jemals leisten, meine Damen und Herren von der FDP!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –
Sebastian Czaja (FDP): Schon mal aufgefallen, dass wir alle entlasten?]

Ja, und das tragen wir ausdrücklich mit, wir haben auch – das ist kein Geheimnis – einen Vorschlag der Linken unterstützt, weil wir ihn für wichtig halten, nämlich den Grundstücksankaufsfonds, die Möglichkeit, partiell zu intervenieren, zu verstärken auf rund 200 Millionen Euro. Ich habe jetzt von Herrn Gräff von der CDU gelesen, dass müsse man jetzt in der ganzen Stadt machen.

[Zuruf von Jürn Jakob Schultze-Berndt (CDU)]

Nur mal ein paar Fakten und Zahlen, meine Damen und Herren von der CDU. Das ist ja Populismus.

[Stefan Evers (CDU): Selber Populismus!]

Aufgrund der Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer können wir extrapolieren, dass Grundstücksgeschäfte im Volumen von über 20 Milliarden Euro jedes Jahr stattfinden, ohne die Share Deals, die Sie ja nicht mit uns gemeinsam abschaffen wollen.

[Sebastian Czaja (FDP): Haben Sie uns gefragt?]

Mit 200 Millionen Euro pro Jahr können Sie nur punktuell intervenieren

[Sebastian Czaja (FDP): Sauber bleiben!]

und das niemals in der ganzen Stadt ausrollen. Eine solche Verheißung, die Sie da unter die Leute bringen, die ist, glaube ich, schon in der Annahme falsch. Wir sind davon überzeugt, die SPD ist davon überzeugt – die Koalition berät das –, dass wir hinsichtlich des Ankaufs von Grundstücken objektivierbare Kriterien brauchen. Ich möchte nicht, dass wir immer nur auf Signalfeuer reagieren.

[Beifall von Stefan Evers (CDU)]

Ich möchte nicht, dass der, der den lautesten Druck macht oder am meisten polemisiert oder mit fragwürdigen Rechtsauffassungen um die Ecke schneit, Verwaltungsmitarbeiter übrigens, die hier keine Strategievorgaben zu machen haben, dass der sich durchsetzt. Für uns, für die SPD ist maßgeblich: Wie ist die sozioökonomische Struktur bei denen, die wir schützen müssen?

[Stefan Evers (CDU): Das wäre neu!]

Wie ist der Bezirksproporz in den Programmen, die wir dafür auflegen?

[Paul Fresdorf (FDP): Erzählen Sie das mal Florian Schmidt!]

Wie ist die Wechselwirkung mit der wirtschaftlichen Darstellbarkeit? Und schließlich ist auch eine wesentliche Frage: Erreichen wir tatsächlich das, was wir wollen? – Den Schutz der Mieterinnen und Mieter. Dafür braucht es eine strukturelle Mehrheit in etwaigen WEG-Beschlüssen, denn sonst haben wir mit Zitronen gehandelt.

[Zuruf von Kurt Wansner (CDU)]

(Torsten Schneider)

Ein großer Haushalt, ein Entlastungshaushalt, zu dem Sie gar nichts beizutragen haben.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –
Kurt Wansner (CDU): Jetzt wissen wir auch, warum die Sozis so verlieren!]

Präsident Ralf Wieland:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Kollege Goiny das Wort!

[Zurufe]

Christian Goiny (CDU):

Wenn ich Ihr Gespräch kurz unterbrechen darf, liebe Kolleginnen und Kollegen!

[Heiterkeit bei Paul Fresdorf (FDP)]

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zunächst noch in der Vorbemerkung erklären, warum wir gegen die Aktuelle Stunde gestimmt haben. Das Gesetz, was wir hier beraten, stand ohnehin auf der Tagesordnung. Es gab ja das Ansinnen, hier zum Beispiel über Dinge zu reden, die sozusagen Sie organisieren, oder Diskussionen, denen Sie sich nicht stellen wollen, hier zu führen, nämlich über den Umgang mit Staatssekretären in dieser Stadt oder die Aussagen von Grünen-Bürgermeistern in diesem Land. Deswegen haben wir hier die Aktuelle Stunde nicht für das richtige Instrument gehalten, um diesen Nachtragshaushalt zu besprechen.

Die Aktuelle Stunde hat ja dann von der Koalition den hübschen Titel „Ein guter Nachtragshaushalt für Berlin“ bekommen. – Na ja, das war offensichtlich kein guter Nachtragshaushalt,

[Danny Freymark (CDU): So ist es!]

wenn man sich die zahlreichen Änderungen anguckt, die die Koalition noch auf den Weg bringen musste, um diesen Nachtragshaushalt gut zu machen.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Es war auch auffällig, dass der Kollege Schneider in seinem Redebeitrag im Wesentlichen auf die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen abgestellt und kaum gewürdigt hat, was ursprünglich einmal im Nachtragshaushalt gestanden hatte. Deutlicher kann man es gar nicht sagen!

Anfangs hatten Sie noch Ihr Mantra „Besser regieren“ vorgetragen – das trauen Sie sich selbst gar nicht mehr zu erzählen.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Heiterkeit bei der CDU und der FDP]

Was von Ihrer Politik noch übrig bleibt, ist – wenn Sie sich nicht permanent streiten – die Möglichkeit, Geld zu verteilen. Auch dabei ist es bei Ihnen der kleinste gemeinsame Nenner, den Sie uns hier präsentieren, und das – ich komme gleich noch einmal mit einigen Beispielen darauf zurück – mit einer Senatsmannschaft, bei der man sich auch fragt, ob sie der Aufgaben in dieser Stadt eigentlich gewachsen ist.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Burkard Dregger (CDU): Nein!]

Dabei muss ich an dieser Stelle einmal sagen – wir gehen ja auf die Weihnachtszeit zu –, dass wir die Qualität der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre in diesem Land unterschiedlich bewerten, aber Ihnen allen wünsche ich jedenfalls: Bleiben Sie gesund! – Denn was passiert, wenn man als Mitglied dieser Landesregierung krank wird, konnten wir beim Fall Kirchner mit Bedauern zur Kenntnis nehmen.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Ich will das auch einmal deutlich sagen: Es ist ja nicht so, dass wir glauben, Staatssekretär Kirchner habe eine gute Verkehrspolitik gemacht – diese finden wir auch furchtbar –, aber mit ihm hat es wenigstens Spaß gemacht zu streiten. Es ist jedenfalls ein Unding, wie Sie mit ihm umgehen. Von meiner Seite und unserer Fraktion noch einmal alles Gute für ihn!

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Mit Ihrer Haushaltspolitik und dem vielen Geld, das Sie haben, ist es dennoch erstaunlich, dass Sie die Probleme dieser Stadt entweder unvollständig oder gar nicht anpacken, von lösen wollen wir erst gar nicht reden. Wir haben eine relativ breite Diskussion geführt – da gibt es ja auch noch entsprechende Gesetzesvorlagen –, was die Besoldung im öffentlichen Dienst dieser Stadt anbetrifft. Auch hier sind Sie unserem wiederholten Vorschlag nicht gefolgt, die Besoldung der Beamten im Land Berlin bis zum Ende dieser Wahlperiode auf das Bundesniveau anzuheben. Nur das wäre ein richtiger Weg, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in dieser Stadt wieder zu gewährleisten.

[Beifall bei der CDU]

Wir haben Ihnen dazu wiederholt konkrete Finanzierungsvorschläge und Ihnen deutlich gemacht, dass der Weg, den Sie hier gehen, nicht der richtige ist, weil er am Ende dazu führt, dass die Berliner Beamten weiterhin schlechter bezahlt werden als die Bundesbeamten und die Beamten in Brandenburg. Die Konkurrenzsituation, die heute besteht, werden Sie mit Ihren Mitteln auch nicht beseitigen. Das ist ärgerlich. Zwar nehmen Sie eine ganze Menge Geld in die Hand – das will ich Ihnen ausdrücklich attestieren –, aber Sie investieren das in die falschen Bereiche, Sie lösen das Grundproblem nicht. Das führt ja auch dazu – das sagen Ihnen auch alle Gewerkschaften, mit denen Sie darüber reden, wenn Sie mit denen reden –, dass Sie neue Diskussionen über gerechte Besoldung